

Grundsätze der Datenverarbeitung für Mitarbeiter/Azubis/Praktikanten/Freiwillige/ehrenamtlich Tätige

Um unsere Informationspflichten nach den Art. 12 ff. der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu erfüllen, stellen wir Ihnen nachfolgend gerne unsere Informationen zum Datenschutz dar:

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlicher im Sinne des Datenschutzrechtes

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rostock e.V.
AWO-Sozialdienst Rostock gemeinnützige GmbH
Carl-Hopp-Str. 19a
18069 Rostock

Sie finden weitere Informationen zu unserem Unternehmen, Angaben zu den vertretungsberechtigten Personen und auch weitere Kontaktmöglichkeiten im Impressum unserer Internetseite: <https://awo-rostock.de/>

Welche personenbezogenen Daten werden von Ihnen verarbeitet?

- Personalstammdaten (z. B. Vorname, Nachname, Geburtsdatum, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Personalnummer, Eintrittsdatum)
- Kontaktdaten (z. B. Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Qualifikationsdaten (z. B. Berufsausbildung, Hochschulabschluss, Fortbildungen)
- Entgeltdaten (z. B. Anwesenheits- und Urlaubszeiten, Vergütungsbestandteile)
- Bankdaten (z. B. IBAN, BIC)
- Sozialversicherungsdaten (z. B. SV-Nummer, Krankenkasse)
- Steuerdaten (z. B. Steuer-Identifikations-Nummer, Steuerklasse)
- Gesundheitsdaten (z. B. Schwerbehinderung, Grad der Behinderung)
- ggf. Reisedaten (Anlass, Ziel, Beginn und Ende von Dienstreisen)
- ggf. bei der Nutzung betrieblicher IT-Systeme anfallende Protokolldaten (z. B. Benutzernummer, Zeitpunkt des Datenzugriffs)
- Pfändungsdaten
- BFD-Nummer vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Auf welche Weise werden Ihre Daten erhoben?

Ihre personenbezogenen Daten werden grundsätzlich direkt bei Ihnen im Rahmen des Einstellungsprozess oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ihre personenbezogenen Daten auch bei anderen Stellen erhoben. Dazu gehören anlassbezogene Abfragen von steuerrelevanten Informationen beim zuständigen Finanzamt sowie Informationen über Arbeitsunfähigkeitszeiten bei der jeweiligen Krankenkasse.

Zu welchem Zweck werden Ihre Daten verarbeitet?

Wir erheben und verarbeiten diese Daten grundsätzlich nur für die Zwecke, für die wir sie erhoben oder erhalten haben. Zweck der Verarbeitung von Mitarbeiterdaten ist primär die Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses. Dazu zählen unter anderem die Personalverwaltung inklusive der Lohn und Gehaltsabrechnung, die Organisation der Betriebsabläufe sowie die interne und externe Kommunikation. Zur Aufdeckung von Straftaten im Beschäftigungsverhältnis und zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung potentieller Rechtsansprüche gegen Sie oder gegenüber Dritten. Sofern an/in Miet- oder Verwaltungsgebäuden eine Videoüberwachung stattfindet, sind Zwecke der Verarbeitung die Wahrung des Hausrechts sowie die Aufdeckung, Verfolgung von Straftaten und Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche.

Auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist grundsätzlich – soweit es nicht noch spezifische Rechtsvorschriften gibt – Art. 6 DSGVO. Hier kommen insbesondere folgende Möglichkeiten in Betracht:

- Einwilligung (Art. 6 Abs.1 lit. a DSGVO; i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG)
Wenn personenbezogene Daten auf Grundlage einer Einwilligung von Ihnen verarbeitet werden, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft uns gegenüber zu widerrufen.
- Verarbeitung zur Erfüllung von Verträgen (Art. 6 Abs.1 lit. b DSGVO; i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG)
Zur Anbahnung, Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.
- Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs.1 lit. c DSGVO)
Zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen als Arbeitgeber (i.V.m. Vorschriften insbesondere aus Sozialgesetzbuch IV (SGB IV), Einkommensteuergesetz (EStG), Lohnsteuer-durchführungsverordnung (LStDV), Arbeitszeitgesetz (ArbZG))
- Verarbeitung auf Basis einer Interessenabwägung (Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO)
Zur Videoüberwachung zur Wahrung des Hausrechts sowie Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten. Zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung potentieller Rechtsansprüche gegen Sie oder gegen Dritte.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling im Sinne des Art. 22 DSGVO) findet nicht statt.

An welche Empfänger werden Ihre Daten weitergegeben?

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte findet grundsätzlich nur statt, wenn dies für die Durchführung des Vertrages mit Ihnen erforderlich ist, die Weitergabe auf Basis einer Interessenabwägung zulässig ist, wir rechtlich zu der Weitergabe verpflichtet sind oder Sie insoweit eine Einwilligung erteilt haben.

Neben den Vorgesetzten und den Mitarbeitern der Personalabteilung können Empfänger von Mitarbeiterdaten Ämter und Behörden wie Rentenversicherungsträger, Sozialversicherungsträger, Krankenkassen oder Steuerbehörden sein, welche diese Daten im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben verarbeiten. Weitere Empfänger können Banken, Versicherungen, Berufsgenossenschaften und Berater sein. Wir setzen ferner Dienstleister im Wege der Auftragsverarbeitung bei der Erbringung von Leistungen ein, insbesondere für die Gehaltsabrechnung, die Bereitstellung, Wartung und Pflege von IT-Systemen.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten Ihre Daten nur solange diese für den jeweiligen Zweck erforderlich sind.

Die Dauer der Aufbewahrung richtet sich nach verschiedensten Rechtsgrundlagen, die unterschiedliche Aufbewahrungsfristen vorsehen. So sind u.a. aus Gründen der Beweissicherung in Haftungsfällen, der Abrechnung und Sicherung unserer Ansprüche sowie der Vorgaben der ordnungsgemäßen Buchführung unterschiedliche Fristen maßgebend.

Buchungsrelevante Daten (z. B. steuerlich relevante Buchungsbelege nach § 147 Abgabenordnung) werden 10 Kalenderjahren nach der letzten Buchung gelöscht. Protokolldaten aus der Zugangskontrolle werden spätestens nach einem Kalenderjahr gelöscht. Videoaufzeichnungen werden regelmäßig nach zwei Tagen gelöscht. Daten aus Jahresgesprächen werden nach fünf Kalenderjahren gelöscht. Daten aus internen Verzeichnissen werden innerhalb eines Kalendermonats nach Ausscheiden des Mitarbeiters gelöscht.

Nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht wird geprüft, ob eine weitere Erforderlichkeit für die Verarbeitung vorliegt. Liegt eine Erforderlichkeit nicht mehr vor, werden die Daten gelöscht. Grundsätzlich nehmen wir gegen Ende eines Kalenderjahres eine Prüfung von Daten im Hinblick auf das Erfordernis einer weiteren Verarbeitung vor. Aufgrund der Menge der Daten erfolgt diese Prüfung im Hinblick auf spezifische Datenarten oder Zwecke einer Verarbeitung.

Wo werden Ihre Daten verarbeitet?

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns ausschließlich in Rechenzentren der Bundesrepublik Deutschland verarbeitet.

Ihre Rechte als „Betroffene/r“

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie uns gegenüber geltend machen. Sie ergeben sich aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung:

- **Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO**
Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten.
- **Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO**
Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.
- **Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO**
Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO**
Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.
- **Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung, Art. 21 DSGVO**
Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO**
Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Unser Datenschutzbeauftragter

Wir haben einen Datenschutzbeauftragten in unserem Unternehmen benannt. Sie erreichen diesen unter folgenden Kontaktmöglichkeiten:

André Weinert, Wirtschaftskontor Weinert
Datenschutzbeauftragter – DSB (TÜV), Datenschutzauditor – DSA (TÜV)
a.weinert@wirtschaftskontor-weinert.de

Ihr Beschwerderecht

Selbstverständlich haben Sie auch das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Dies ergibt sich aus Art. 77 DSGVO. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern

Postanschrift	Dienststelle	Telefon: +49 385 59494 0
Schloss Schwerin	Werderstraße 74a	Telefax: +49 385 59494 58
Lennéstraße 1	19055 Schwerin	E-Mail: info@datenschutz-mv.de
19053 Schwerin		Webseite: www.datenschutz-mv.de ; www.informationsfreiheit-mv.de